

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 760

Mittwoch, 3. August 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Gefährlicher Widerstand, Teil 2: Indigene Frauen verteidigen die Landrechte ihres Volkes.....	1
Linke Oppositionsarbeit: »Bündnisse allein garantieren noch keinen Wahlerfolg«.....	3
Giammattei reist in die Ukraine.....	3
Der neue Ombudsmann für Menschenrechte steht für Intoleranz und Diskriminierung.....	5
Kurznachricht: Ivan Velásquez ist der neue Verteidigungsminister Kolumbiens.....	6
In eigener Sache: Und jetzt eine kurze Sommerpause.....	6

Gefährlicher Widerstand, Teil 2: Indigene Frauen verteidigen die Landrechte ihres Volkes

In Teil zwei berichtet Andreas Boueke über den Landkonflikt in Purulhá und die Aktivitäten von Sofia Tot Ac.

Kampf um Land

Der erste Landkampf, an dem sich Sofia beteiligt hat, war ein Konflikt mit einem Minenunternehmen. Nordamerikanische Ingenieure wollten untersuchen, ob im Boden der Umgebung von Sofias Heimatdorf Purulhá wertvolle Metalle existieren. Doch ein grosser Teil der indigenen Bevölkerung des guatemalteckischen Hochlands ist gegen die Ansiedlung solcher Bergbauprojekte. Pastor Ricardo Mayol weiss, dass viele Menschen eine Verschmutzung des Grundwassers und die Zerstörung der Wälder fürchten. „Meine Tochter Vicky war immer an meiner Seite“, erinnert sich Sofia Tot Ac. „Sie hat mir erklärt, was in den Dokumenten stand, die ich nicht lesen konnte. Ich bin ja nur zwei Jahre lang zur Schule gegangen, sie hingegen sieben Jahre lang. Noch heute passt sie auf mich auf, wenn ich unterwegs bin.“

Als Menschenrechtsaktivistin fährt Sofia Tot Ac häufig mit öffentlichen Bussen in die nahegelegene Provinzhauptstadt Coban oder auch mal nach Guatemala-Stadt. Das kann gefährlich werden, gerade für eine Frau. „Die erste Methode der Repression gegen Frauen ist sexuelle Gewalt“, sagt Sofia. Sie spricht aus Erfahrung. „Die Gutsherren lassen dich verfolgen. Dann fängt die sexuelle Belästigung an, bis hin zu Vergewaltigungen. Die machen Narben, die nie heilen werden. Uns Frauen aus der Mayakultur wird immer gesagt, dass unser Körper heilig ist, dass niemand ihn anfassen darf ausser der Ehemann. Eine Frau, die vergewaltigt worden ist, gilt als benutzt und wertlos. Ihr wird gesagt: 'Du bist verbraucht. Niemand wird dich mehr liebhaben.' Für uns Frauen ist das schwer zu ertragen.“

Victorias Augen färben sich rot, als sie die Worte ihrer Mutter hört. „Ich sage ihr immer wieder: 'Jetzt reicht's Mama. Das ist zu gefährlich.' Aber sie antwortet mir: 'Wenn sie mich töten, geht der Kampf trotzdem weiter. Wir sind viele. Ich bin nicht allein.'“ Victoria selbst musste schon als Jugendliche Leichen mit Folterspuren identifizieren. Andere Personen sind nie wieder aufgetaucht. „Vor Kurzem ist ein Mann verschwunden, der oft mit meiner Mutter zusammengearbeitet hat“, seufzt die junge Frau. „Wenn sich ein reicher Landbesitzer über eine Person ärgert, die ihre Stimme gegen ihn erhebt, dann kann er jemanden bezahlen, der die Person einschüchtert oder ganz aus dem Weg räumt.“ Trotz der Angst und des Leids ist auch Victoria davon überzeugt, dass sich der Kampf lohnt. Sie ist stolz auf ihre Mutter: „Wenn eine Frau wie sie mit lauter Stimme spricht, dann ist das für die Grossgrundbesitzer wie ein Schlag ins Gesicht. Sie fürchten sich vor dem Tag, an dem sich die Mayas gegen sie auflehnen werden. Aber wenn es zudem noch eine indigene Frau ist, die an der Spitze der Bewegung steht, dann empfinden sie das als besonders schlimme Provokation. Die Männer merken, dass sich die Dinge ändern.“

Ständig unter Beobachtung

Wenn Sofia Tot Ac zweimal in der Woche auf den Markt in Purulhá geht, ist sie nie ohne Begleitung. Keine zweihundert Meter von ihrem Haus entfernt führt eine grosse, asphaltierte Strasse an dem Dorf entlang. Bevor sie in ein Tuctuc

steigt, ein Kleintaxi mit drei Rädern, schaut sie sich misstrauisch um. Hinter ihr fährt ein Mann in einem grauen Auto davon. „Er hat Fotos von uns gemacht“, sagt sie. „Wann immer ich an diese Kreuzung komme, steht das graue Auto da. Das ist Teil der Einschüchterung. Mit so etwas müssen die meisten Anführer*innen der Gemeinde leben.“

Aber weshalb wurde Sofia Tot Ac noch immer nicht festgenommen, obwohl schon mehrere Haftbefehle gegen sie vorliegen? Zum einen dauert es in Guatemala oft Jahre, bevor sich die Polizei um die Durchsetzung eines Haftbefehls kümmert, zum anderen vermutet Sofia Tot Ac: „Wenn sie mich an einem öffentlichen Ort festnehmen, würden die Leute das nicht zulassen. Es könnte einen Aufstand geben. Aber irgendwann werde ich ins Gefängnis kommen.“

Während der Fahrt mit dem Tuctuc blickt sie auf den Waldhang hinter den Dächern des Dorfes. „Dort drüben lag mal die Siedlung Rincón de Valentin, in der die Kameradin Cristina gelebt hat. Ihre Eltern waren ihr Leben lang Colonos. Das sind Feldarbeiter*innen, die in einer Hütte auf dem Land des Gutsherrn leben. Schon ihre Grosseltern haben dort gewohnt.“

Cristinas Vertreibung

Cristina ist vor kurzem Mutter geworden. Das Baby trägt sie mit einem Tuch an ihren Oberkörper gebunden. „Ich bin in der Siedlung Rincón de Valentin zur Welt gekommen, genauso wie mein Vater“, erzählt sie. „Er hat schon als Kind auf den Feldern gearbeitet, ohne ein Gehalt zu bekommen. Der Gutsherr hat die Lebensleistung meines Vaters nie anerkannt. Am 19. Oktober 2021 hat er uns alle von unseren Grundstücken vertrieben. Als wir uns gewehrt haben, hat er Haftbefehle gegen viele Leute erwirkt, auch gegen mich. Er sagt, wir hätten sein Land jahrelang illegal besetzt. Aber das stimmt nicht. Wir haben immer dort gelebt und für ihn gearbeitet. Wir sind dort zur Welt gekommen.“

Eine Hundertschaft Polizisten hat die fünfzehn Familien der Siedlung vertrieben und ihre Hütten angezündet. Viele besaßen nur noch die Kleider, die sie am Körper trugen. Auch Cristina hat ihr Zuhause verloren: „Unsere Hütte ist verbrannt, unsere Aussaat zerstört, der Kopfsalat, die Maispflanzen, die Bohnen. Wir sind zur Staatsanwaltschaft gegangen, um die Vertreibung anzuzeigen. Aber dort wollte niemand mit uns sprechen. Jetzt sind wir auf der Strasse, ohne einen Ort zum Leben, ohne einen Acker zum Ernten. Wir haben gerade mal genug für ein wenig Brot.“

Sofia bestätigt, dass der Gutsherr weiterhin jede Person bedroht und verfolgt, die versucht, sich dem Land zu nähern: „Cristina war eine der wenigen, die den Mut aufbrachten, sich zu wehren, Unterstützung zu suchen, eine starke Frau zu sein. Aber der Weg ist hart. Einer der Söhne des Gutsherrn hat ein Mädchen der Siedlung vergewaltigt. Wenig später wurde nicht er festgenommen, sondern Cristina.“ Erst am Tag des Verfahrens erfuhr die damals schwangere Frau, was ihr vorgeworfen wurde. Es gab fünf Anklagepunkte, die der Richter alle abgewiesen hat, aus Mangel an Beweisen. „Aber da hatte ich schon 48 Tage in Haft verbracht“, erzählt Cristina. „Viele der Frauen im Gefängnis sind sehr brutal. Sie haben Geld von mir verlangt. Ich habe ihnen gesagt, dass ich arm bin und schwanger, dass sie mich bitte entschuldigen, dass sie mich bitte nicht schlagen. Meine Eltern mussten sich Geld leihen, um einen Anwalt zu bezahlen. Den Kredit zahle ich noch immer ab.“

Lösungen für Landkonflikte

Im guatemaltekischen Hochland wird auch deshalb so häufig um Land gestritten, weil viele Maya-Gemeinden den Grund und Boden, auf dem sie leben, nicht als Privatbesitz registrieren lassen. Sie vermessen ihn nicht. Sie dokumentieren ihn nicht. Sie verkaufen ihn nicht. Die Bräuche der indigenen Völker im Umgang mit Land sind andere. Genau das nutzen viele Grossgrundbesitzer aus, meint Sofia Toc Ac.

„Ein Mann kommt in die Gemeinde und sagt: 'Schau' her, in meinem Dokument steht, dass ich so viele Quadratmeter habe.' Dann fragt er: 'Und Du? Wo liegt die Grenze deines Landes?' - Der andere sagt: 'Das weiss ich nicht.' - 'Wie? Das weiss Du nicht. Wo sind denn deine Dokumente?' - 'Wir haben keine Dokumente. All dies Land, von dort drüben bis da hinten, gehört unserer Gemeinde. Aber wir haben keine Dokumente.'“ Als nächstes schaut der Mann, wo es Wasserquellen gibt. Dann verschwindet er wieder. Er geht zu einem Notar und schickt ihn zum Besitzregister. Wenn das Land noch nicht registriert ist, forschen korrupte Bürokraten gar nicht erst nach, ob dort Menschen leben. Niemand sucht nach historischen Urkunden aus vergangenen Jahrhunderten. Der Mann lässt ein wenig Geld springen, um den Prozess zu beschleunigen. So bekommt er schon bald ein Dokument ausgehändigt, auf dem steht, dass er von nun an der legale Besitzer des Landes ist. Sofia Tot Ac hat schon öfters erlebt, wie schockiert die Bewohner*innen des Landes auf eine solche Nachricht reagieren. „Plötzlich kommt der Mann zurück mit einem Blatt Papier und sagt: 'Das Land ist meins.' - 'Und wer sagt, dass es dir gehört?' - 'Das Besitzregister. Es ist auf meinen Namen eingetragen. Sieh' her: Dieses Dokument ist unterschrieben und hat einen Stempel. Das Land ist meins.'“

Viele indigene Völker der Welt glauben nicht, dass ein Mensch Land besitzen kann. Ihrer Vorstellung nach erlaubt die Mutter Erde den Menschen eine Weile lang, sie zu nutzen. Doch wenn eine Person stirbt, wird sie im Boden begraben und wird so selbst wieder zu Erde, die weiterlebt. So sieht es auch Sofia Tot Ac. Trotzdem bemüht sie sich, die Idee des Privatbesitzes zu verstehen. Im Laufe der Jahre hat sie viele Erfahrungen gesammelt, Kurse besucht und mit zahlreichen Leuten darüber gesprochen, wie es möglich sein kann, dass ein einziger Mensch riesige Flächen Land besitzt. Heute ist sie überzeugt, dass sich die Mayas auf dieses Konzept einlassen müssen, denn nur so können sie ihre Rechte verteidigen. Deshalb erklärt sie ihren Kamerad*innen immer wieder, wie wichtig es ist, dass sie ihr Land registrieren lassen. Sie hat Kontakte zu Notar*innen und Geograf*innen aufgebaut, zu Landvermesser*innen und Journalist*innen, sogar zu Historiker*innen, die in alten Archiven vergilbte Dokumente aufstöbern. Kirchliche Organisationen und Menschen-

rechtsgruppen helfen mit Spendengeldern und Sicherheitsmassnahmen. Dieses Netzwerk hat schon einige Male dazu beigetragen, komplizierte Landkonflikte zu lösen.

„Wir indigenen Völker haben eine Verantwortung gegenüber der Mutter Erde“, sagt Sofia Tot Ac. „Wir müssen sie schützen. Gott hat sie uns als Heimat gegeben. Anstatt über sie zu streiten und sie zu zerstören, sollen wir sie pflegen.“

Linke Oppositionsarbeit: »Bündnisse allein garantieren noch keinen Wahlerfolg«

Guatemala: Die Linke muss sich neu aufstellen. Die Partei »Movimiento Semilla« will daran mitwirken. Ein Gespräch mit Román Wilfredo Castellanos Caal, Abgeordneter des »Movimiento Semilla« (Bewegung Semilla). Er gewann das Mandat für die Hauptstadt. Interview: Thorben Austen

Die Partei »Movimiento Semilla« ist eine vergleichsweise junge politische Kraft in Guatemala. Welches Selbstverständnis hat Ihre Partei?

Die »Movimiento Semilla« ist eine progressive, sozialdemokratische Partei. Zu unseren Gründer*innen gehören Kinder einiger Genoss*innen, die als Aktive der sozialdemokratischen Bewegung während der Diktatur ermordet wurden. Der Begriff sozialdemokratisch ist in Guatemala etwas anders zu sehen als in Europa und bedeutet eher sozialistisch.

Was führte zur Gründung Ihrer Partei?

Ab 2014 gab es Diskussionen und erste organisatorische Schritte, den Ausschlag für die Gründung gaben dann die sozialen Proteste gegen Korruption 2015, die viele Menschen politisiert hatten. Wir haben in Guatemala eine geringe Lebensqualität, eine hohe Migration und keine Perspektiven für die Jugend. Insbesondere die Situation der indigenen Völker, der Landarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen ist besorgniserregend. Es gibt keine staatlichen Investitionen in eine gute Sozialpolitik. Die Politik bedient die Interessen der wirtschaftlich Starken.

In Ihrem Programm schreiben Sie, Sie wollen eine Ökonomie im Interesse der Mehrheit, einen demokratischen Staat und den Schutz der Natur. In welchen Schritten wollen Sie dies erreichen?

Als Partei wollen wir das Land regieren, also die politische Macht erkämpfen, um unser Programm umzusetzen: Schluss machen mit der historischen Ausgrenzung, der Zerstörung der natürlichen Ressourcen, der Korruption, der Armut und der Diskriminierung in allen Erscheinungsformen.

Sie sind einer von sechs Abgeordneten Ihrer Partei, insgesamt gewannen die linken Parteien 15 von 160 Mandaten bei der Wahl 2019. Wie sehen Sie Ihre Rolle als Opposition?

Wir sind die Stimme des Volkes. Das politische Regime von Präsident Alejandro Giammattei trägt zunehmend autoritäre Züge, die Opposition wird unterdrückt, kritische Jurist*innen werden ins Exil gedrängt. Dies ist ein Rückschritt in vergangene Zeiten. Wir sind als »Movimiento Semilla« das erste Mal im Parlament. Dabei spielen wir eine aktive Oppositionsrolle, vertreten die Interessen der sozialen Bewegungen und kritisieren das politische Regime.

Arbeiten Sie auch mit Parteien ausserhalb des linken Spektrums zusammen?

Dazu muss man berücksichtigen, wie die politische Rechte und die sogenannte Mitte in Guatemala aufgestellt sind. Um Ideologie geht es da weniger: Die Parteien werden neu gegründet, bestehen eine Legislaturperiode lang und lösen sich wieder auf. Die Abgeordneten haben ihre eigenen Interessen, leiten die Haushaltsmittel in ihre Firmen um, suchen Straffreiheit für ihre kriminellen Geschäfte. Ihre Ideologie ist das Geld. Es gibt einige wenige Ausnahmen aus den Parteien der »Mitte« und konservativen Parteien, die nicht kriminell sind und die sich um die Demokratie hierzulande sorgen. Mit denen gibt es eine punktuelle Zusammenarbeit.

Wie sehen Sie die Initiative für eine linke Allianz?

Seit dem Friedensabkommen von 1996 ist die Linke immer wieder in Bündnissen aufgetreten, meist von der URNG (...) initiiert. Aber nach den zwölf Prozent bei den ersten Wahlen nach dem Friedensabkommen ging es stets abwärts. Meist stellte die Linke nur noch einen bis maximal drei Abgeordnete. Bündnisse allein garantieren noch keinen Wahlerfolg.

Was braucht es aus Ihrer Sicht also?

Notwendig ist es, eine politische Partei als handelndes Subjekt zu schaffen, um die sich die Bewegungen gruppieren. Die traditionelle Linke hat diese Rolle nach dem Friedensabkommen und in den Mobilisierungen nicht gespielt. Dazu braucht es eine starke Bewegung von unten, politische Bildungsarbeit an der Basis, gute Kommunikation und eine entschlossene Kulturpolitik. (*Junge Welt*)

Giammattei reist in die Ukraine

Kiew/Guatemala, 26. Juli - Alejandro Giammattei reiste nach Kiew, um seine Unterstützung für die Ukraine inmitten des Krieges mit Russland zu zeigen, der mit der von Moskau angeführten Invasion im Februar dieses Jahres begann. In Guatemala hat die Staatsanwaltschaft von Consuelo Porras zur gleichen Zeit die Ermittlungen gegen den Präsidenten

eingestellt, die ihn mit russischen Geschäftsleuten in Verbindung gebracht haben, die angeblich ein hohes Schmiergeld gezahlt haben, um die Kontrolle über den Hafen von Santo Tomás de Castilla zu erlangen (s. **¡Fijáte!** 736). Während seiner Reise in die Ukraine hat der Präsident mehrere aktive Krisen im eigenen Land zurückgelassen, die Zweifel an der Legitimität seiner Regierung aufkommen lassen. Die Krise gibt es auf diplomatischer Ebene, z. B. mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit den USA, denn die Regierung ignoriert die Forderungen nach einer echten Korruptionsbekämpfung und die Gefahr des Zusammenbruchs der Demokratie. Einige vergleichen das Land inzwischen mit den Diktaturen in Venezuela und Nicaragua. Dies verschärft die ohnehin schon angespannte Beziehung zur US-Regierung von Joe Biden, die vor kurzem die so genannte Engel-Liste - einen vom Kongress in Washington geschaffenen und vom Außenministerium durchgesetzten diplomatischen Druckmechanismus - um Personen erweitert hat, die beschuldigt werden, antidemokratische und korrupte Akteur*innen zu sein, denen der Zugang zu US-Visa verwehrt wird und gegen die finanzielle Sanktionen verhängt werden.

Auch in seinem Heimatland ist Giammattei unbeliebt. Letzte Woche wurde er in der Cid-Gallup-Umfrage über die Leistung der Bürger auf den vorletzten Platz einer Liste von Präsident*innen in der Region gesetzt. Der Guatemalteke liegt mit 19 % Zustimmung auf dem elften Platz, weit hinter Nicolás Maduro und Daniel Ortega, die mit 23 % und 37 % Zustimmung auf den Plätzen neun und sechs liegen. Hinzu kommt die Gesundheitskrise aufgrund der Zunahme von Covid-19-Infektionen, die in Guatemala erneut eine Welle von Ansteckungen ausgelöst hat. Ein weiterer Schatten, der auf Giammattei fällt, ist die jüngste Wendung in einem Gerichtsverfahren in Miami, das die Gültigkeit der Ermittlungen gegen Justizbeamte*innen bestätigt, deren Ausweisung aus Guatemala der Präsident geduldet und sogar gerechtfertigt hat. In den Vereinigten Staaten bekannte sich Acisclo Valladares Urruela, ex-Finanzminister in der Regierung von Jimmy Morales und Sohn eines führenden Diplomaten von Giammattei, vor dem US-Bezirksgericht im Süden Floridas der Geldwäsche schuldig. Den Ermittlungen im Rahmen der "Operation Black Mass" zufolge hat Valladares Urruela 98,5 Millionen US-Dollar an Drogengeldern gewaschen, um Mitglieder des Kongresses zu bestechen, damit diese das "Gesetz zur Kontrolle der mobilen Telekommunikation" verabschieden.

Von allen Krisen ist diejenige, die im Zusammenhang mit Giammatteis Besuch in der Ukraine am stärksten nachhallt, die so genannte "russische Verschwörung", ein Fall, in dem ein Zeuge Giammattei beschuldigte, Bestechungsgelder von russischen Geschäftsleuten im Austausch für die Kontrolle über den Hafen von Santo Tomás de Castilla angenommen zu haben (s. **¡Fijáte!** 736). Diese Untersuchung scheint mit dem Weggang von Juan Francisco Sandoval, dem ehemaligen Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, begraben worden zu sein.

Was hat er von seinem Besuch in der Ukraine mitgenommen?

Am anderen Ende der Welt, 10.851 Kilometer von Guatemala-Stadt entfernt, hielt Giammattei am 25. Juli eine Pressekonferenz an der Seite des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyy ab. In seiner Botschaft dankte Zelenskyy der guatemalteckischen Regierung für ihre Unterstützung der Ukraine angesichts des Krieges mit Russland und kündigte an, dass zwischen den beiden Ländern Vereinbarungen mit dem Ziel getroffen worden seien Russland zu isolieren. Zwei dieser Abkommen sehen die Schaffung politischer Massnahmen und eines Sondertribunals vor, um Russland für seine Aggressionen gegen die Ukraine während des Krieges zu bestrafen und zu sanktionieren.

Im Gegenzug gelang es Giammattei, die Ukraine zur Abschaffung der Visumpflicht für Reisen in die Ukraine zu bewegen, einen Handels- und Wirtschaftsdialo zur Verwirklichung von Projekten ohne Mittelsmänner zu initiieren und eine Einladung zur Teilnahme am Gipfel der Krim-Plattform am 23. August zu erhalten, der online stattfinden wird. Der Präsident seinerseits bekundete sein Interesse am Kauf ukrainischer Agrarprodukte und an der Aufnahme industrieller Beziehungen, nannte aber keine weiteren Einzelheiten.

In seiner Rede zeigte sich Giammattei bestürzt über den Krieg und bewegt über die Solidarität mit den ukrainischen Familien, die an vorderster Front bei der Verteidigung des Territoriums stehen, und verwies auf die Wichtigkeit, "nicht zu schweigen", "nicht wegzuschauen" angesichts des Unerträglichen, sondern sich gemeinsam für Demokratie und die Erhaltung des Friedens einzusetzen.

Wie die regionale Militärverwaltung in Kiew mitteilte, besuchte Giammattei auch die Orte Bucha, Irpin und Borodianka nahe Kiew, verknüpft mit Kriegsverbrechen unter der russischen Besatzung. Er wurde auf seiner Reise von drei Minister*innen begleitet. In den sozialen Netzwerken kursierten Informationen über die Absicht Guatemalas, Truppen in die Ukraine zu entsenden, was jedoch nicht bestätigt wurde.

Zwei politischen Analysen über die Reise Giammateis in die Ukraine

Im Anschluss an den Besuch und die bilateralen Abkommen sprachen der unabhängige Politologe Renzo Rosal und der Internationalist Roberto Wagner mit Prensa Comunitaria über die Reise in die Ukraine. Beide waren sich einig, dass diese darauf abzielte, das Profil Giammatteis zu schärfen, internationales Ansehen und Prestige zu gewinnen, aber auch das Ego des Präsidenten zu stärken, was nach dem verheerenden Ergebnis der Cid-Gallup-Umfrage besonders wichtig sei. In Bezug auf das Verständnis der Position Guatemalas gegenüber den USA, seinem wichtigsten Handelspartner und Verbündeten, gingen die Meinungen der Befragten jedoch auseinander.

Rosal sagte, der Besuch sei eine Möglichkeit, den USA, die Giammattei nicht mehr als Verbündeten betrachte, zu zeigen, dass er Freiräume habe und andere Szenarien suchen könne, etwa den Einmarsch Russlands in der Ukraine zu nutzen, um weitere Unterstützung zu gewinnen. "Für Giammattei sind die USA nicht mehr wichtig, wenn er heute direkt

(ohne Vermittler) in eine Schlüsselregion reist und sagt, er sei ein Verbündeter im Kampf für den Frieden", sagte Rosal.

Laut Wagner ist die Botschaft jedoch genau umgekehrt. Es ginge ausschliesslich darum, den USA zu bestätigen, dass Guatemala nach wie vor sein bester Verbündeter in der Region sei, weil es sich nicht dafür entschieden hat, die Beziehungen zu Russland und China zu stärken und in diesem Zusammenhang Washington zu sagen, dass es "genug mit den Listen" sei, gemeint ist die Engel-Liste der korrupten guatemaltekischen Akteur*innen. "Es ist, als würde man ihnen sagen: Hörst auf, am Ameisenhaufen zu picken", und das könnte das Ausussenministerium und andere US-Behörden dazu veranlassen, eine weniger rigide Haltung in ihrer Politik der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung in Guatemala einzunehmen, so Wagner. Aber warum sollten die USA so leicht nachgeben? Der Besuch in der Ukraine war eine gute Gelegenheit, um an dieses Bündnis zu erinnern, das im Moment unter Druck steht. Aber, so Wagner, wenn man bedenkt, dass Kolumbien vor kurzem eine linke Regierung gewählt hat, von der noch nicht bekannt ist, ob sie mit Washingtons Interessen übereinstimmt, hätten die USA nicht viele andere Verbündete (ausser Costa Rica und Panama), an die sie sich wenden könnten. Die Unterstützung Guatemalas zu verlieren, würde also bedeuten, die Kontrolle über einen Teil der Region zu verlieren. "Guatemala ist geostrategisch sehr wichtig für Washington", erklärte er. Innenpolitisch wird Giammattei durch die Reise in die Ukraine kaum an Ansehen gewinnen, denn internationale Beziehungen ziehen keine Wahlstimmen an, es sei denn, es geht um Auslandsinvestitionen oder Migrationsfragen. Keines dieser Themen wurde während des Treffens besprochen. "Deshalb geht es hier eher um das Prestige", betonte Wagner.

Giammattei ist der erste lateinamerikanische Präsident, der der Ukraine nach Ausbruch des Krieges persönlich einen Besuch abstattet, um seine Unterstützung zu bekunden. Rosal erklärte, dass diese Unterstützung "sinnlos" sei, da Guatemala keine geopolitische oder geostrategische Position einnehme, die für die Ukraine von Interesse sei, dass sie es aber Giammattei im politischen Spiel erlaube, an der Seite einer Figur wie Präsident Zelenskyy aufzutreten, die ein Protagonist sei, und so den Eindruck erwecke, dass Giammattei selbst ebenfalls ein Protagonist sei. Sein Besuch in Kiew habe es ihm auch ermöglicht, "alles unter den Teppich zu kehren, was in seinem Land gesagt wird" und nach aussen hin zu zeigen, dass es keine Krise gebe. (...). (Prensa Comunitaria)

Der neue Ombudsmann für Menschenrechte steht für Intoleranz und Diskriminierung

Guatemala, 22. Juli – In Heft 758 hat die **¡Fijáte!** die 36 Kandidat*innen für das wichtige Amt des Prokurators (es gab noch nie eine Frau in dieser Position) vorgestellt. Nun ist der, vor dem sich viele fürchteten, tatsächlich in dieses Amt gewählt worden: José Alejandro Córdova Herrera. Der Kandidat erhielt 141 Stimmen. Die anderen Kandidaten Melvin Portillo (*der Manuel Baldizon, LIDER nahestand und die Klage gegen den CICIG-Chef, Ivan Velásquez, einreichte, d.Red.*) und Giovanni Soto (*Richter am Appellationsgericht – beide wären kaum besser gewesen, fürchtet d.Red.*) erhielten 59 bzw. 42 Stimmen. Für Córdova Herrera war es das zweite Mal nach 2017, dass er für den Posten kandidiert hat. In seinem Lebenslauf wird seine Tätigkeit als Leiter der Ermittlungsabteilung der PDH, als Menschenrechtsberater des Strafvollzugs und als Leiter der internationalen Beziehungen des guatemaltekischen Migrationsinstituts hervorgehoben.

Prensa Comunitaria schafft es in seinem Bericht zu dem Geschehen, das gekürzt wiedergegeben wird, ohne Nennung des Namens des neuen PDH auszukommen. Der im Kongress herrschende unfassbar hasserfüllte und diskriminierende Tonfall kommt hier zum Ausdruck (d. Red.).

Nach der Wahl des neuen Menschenrechtsbeauftragten ergriffen die Abgeordneten in der Plenarsitzung des Kongresses das Wort, um ihr Votum zu begründen und die Menschenrechtskommission zu beglückwünschen, weil sie einen Prozess durchgeführt hatte, in dem sie einen Ombudsmann wählten, der ihren Bedürfnissen entsprach. Die Hassreden und die Intoleranz der regierungsfreundlichen Abgeordneten fielen zusammen mit den Kommuniqués von pro-militärischen Institutionen und Bots, die die sozialen Netzwerke mit denselben hasserfüllten Narrativen gegen vulnerable Gruppen in der guatemaltekischen Gesellschaft überfluteten. Von der wiederholten Phrase "das Büro des Menschenrechtsbeauftragten sollte keine Ideologie haben" bis hin zu der Aufforderung, sich nicht mit gesellschaftlichen Gruppen einzulassen, die fordern, dass ihre Rechte geachtet und Gesetze, die ihre Rechte verletzen, nicht verabschiedet werden.

"Ob es einigen Gruppen gefällt oder nicht, wir haben einen neuen PDH, der die Gesetze verteidigen wird und nicht jene, die Demonstrationen veranstalten", sagte Francisco Zamora von der Partei VALOR, der Partei von Zury Ríos (...), die u.a. Amnestiegesetze zur Freilassung von ex-Militärangehörigen, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, fördert.

(...) Für Jorge Santos, Direktor der Einheit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala (UDE-FEGUA), waren die Hassreden auch eine Warnung an den neu gewählten Ombudsmann für Menschenrechte: "Es handelt sich um ein regierungsfreundliches Bündnis, das auf die Konsolidierung des autoritären Staates reagiert, der die Kontrolle über alle öffentlichen Einrichtungen übernimmt... Der neue Ombudsmann beginnt seine Amtszeit mit der Drohung, die autonome und unabhängige Ausübung seines Büros dauerhaft einzuschränken", so Santos. Er fürchte, dass die PDH das gleiche Schicksal erleiden könnte wie die Staatsanwaltschaft, die nicht nur die gesetzlich vorgeschriebene Arbeit verrichtet, sondern auch ihre eigene Belegschaft verfolgt und diejenigen anklagt, die gegen Korruption und Machtmissbrauch ermitteln. "Es ist möglich, dass wir einen institutionellen Wandel erleben werden, der diejenigen innerhalb der PDH unterdrückt, die ihre Arbeit zum Wohle der Bevölkerung verrichten und sich der Verteidigung der

Menschenrechte verschrieben haben." Die gesellschaftlichen Gruppen, die in den Reden der Abgeordneten angegriffen werden, können diese wegen Straftaten anklagen, meint Santos: "Die Bevölkerung sollte wissen, dass sie sich das Recht vorbehalten kann, rechtliche Schritte gegen diese Personen einzuleiten, die in ihrer öffentlichen Funktion kriminelle Handlungen begehen. Deshalb sollten sie sich diese und ihre Parteien gut merken, um sie nie wieder zu wählen."

"Diese Gruppen sollten in der Federico Mora (d. i. ein psychiatrisches Krankenhaus) sein".

Der TODOS-Abgeordnete Boris España, der das Wort ergriff, sagte in einem verärgerten Ton, dass er für einen PDH gestimmt habe, der die Familie verteidigt, der an Gott glaubt, der Gerechtigkeit und Legalität für alle Guatemalte*innen anstrebt. Aber das gelte nicht für Minderheiten, die er als geistig abweichend bezeichnete: "Die sich wie Hunde kleiden und sich auf der Strasse ausziehen, die brauchen das Federico Mora (Psychiatrie)". Der Abgeordnete España forderte den neuen PDH auf, nicht die Rechte von Gruppen zu verteidigen, die seiner Meinung nach keine Rechte haben. "Ja, es gibt Minderheiten in Guatemala, aber ich fordere den gewählten PDH auf, Guatemala nicht mit irgendeiner Ideologie zu verraten, den Namen Guatemalas reinzuwaschen. Wir wollen keinen Ombudsmann, der den Kongress der Republik nicht respektiert." Boris España gehört zu jenen Abgeordneten, die aufgrund von Korruptionsvorwürfen auf die Engel-Liste gesetzt wurden und gegen die die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) 2019 die Aufhebung der Immunität im Jahr 2019 beantragte. (...)

Carlos Velásquez, Kommunikationswissenschaftler der Universität San Carlos, sagte, dass Reden wie die der Abgeordneten Zamora und España von intellektueller Blindheit zeugen und dass sie diskursive Fetische wie Gott, Heimat, Legalität und Respekt verwenden, um eine extreme Verteidigung des Konservatismus zu verbergen, die jede Form von Vielfalt oder Minderheitenrechte verachtet und beleidigt. "Sie verstehen nicht, was Menschenrechte bedeuten. Es genügt, das Gesetz über das Amt des PDH halb zu lesen, um zu verstehen, dass die Aufgabe darin besteht, nicht nur die nationalen Gesetze, sondern auch die internationalen Verträge und Konventionen zu verteidigen, in denen die Rechte der sexuellen Vielfalt und die Kämpfe um Gerechtigkeit enthalten sind. Ihr Diskurs zeigt, dass für sie der PDH nur ein Büttel im Dienste der traditionellen Interessen ist." (Prensa Comunitaria)

Kurznachricht: Ivan Velásquez ist der neue Verteidigungsminister Kolumbiens

Bogota, 27. Juni – Der ex-Leiter der CICIG, der im Wahlkampfteam des gewählten linken kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro war (siehe **¡Fijáte!** 758), ist von diesem nun zum Verteidigungsminister ernannt worden. Seine Aufgabe wird es damit zum einen sein, die Loyalität der Militärs für die erste linke Regierung des Landes zu erlangen, zum anderen, die im Friedensabkommen stehenden gesellschaftlichen und politischen Reformen endlich anzugehen.

In eigener Sache: Und jetzt eine kurze Sommerpause

*Die Redaktion setzt nun für eine Ausgabe aus, d.h. die nächste Ausgabe wird dann am 31. August erscheinen.
Wir wünschen all jenen, die im Urlaub sind oder ihn bald antreten, wunderschöne Tage!*

Stephan und Theresa

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6